

NACHBARN AN DER DONAU

BEITRAG DER THÜRINGER MINISTERIN FÜR BUNDES- UND EUROPAANGELEGENHEITEN,
CHRISTINE LIEBERKNECHT, ZUM FORUM SÜDOSTEUROPA 1993

Daß ich als Mainzer gern nach Erfurt komme, werden Sie verstehen, obwohl das ja auch nicht immer ganz einfach ist. Das Mainzer Rad ist ja ein Zeichen für einen gewissen Imperialismus, den die Mainzer ausgeübt haben. Aber ich bin aufgrund meiner kirchlichen Funktion als Umweltbeauftragter, meistens unter Schwierigkeiten, schon sehr früh hiergewesen. Und ich muß sagen, ich bin auch sehr beeindruckt gewesen, zum Teil auch beschämt von dem, was ich hier bei Zusammenkünften gesehen, gehört und erfahren habe, bei denen es um die Verantwortung der Einen Welt gegenüber der Dritten Welt und gegenüber der Schöpfung ging.

Ich hatte den Eindruck, daß damals viele Menschen in der DDR ein ganzes Stück weiter waren, sowohl in der Einsicht, als auch in der Bereitschaft zu einem glaubwürdigen Leben, als wir im Westen Deutschlands. Und ich habe in den letzten Jahren einen ziemlich radikalen Bruch auf dem Gebiet erlebt. Das stimmt mich manchmal traurig. Aber ich habe den Eindruck, daß das Tal schon wieder etwas durchschritten ist.

Wie bin ich selbst zum Thema „Umwelt“ gekommen? Da ich mehrere Jahre in einer Fabrik als Hilfsarbeiter gearbeitet habe, als angelernter Autogen- und Elektroschweißer, um ein Studium zu finanzieren, kam ich in eine sozial sehr schwierige Gemeinde. Dort stieß ich auf Probleme, auf die ich überhaupt nicht vorbereitet war: auf Umweltprobleme. Ich war Pfarrer südlich des Rhein Main-Flughafens. Man hat dort 1961 die ersten Düsenverkehrsflugzeuge eingesetzt und damit hat sich die Lebensqualität einer ganzen Region negativ verändert. Seit der Zeit läßt mich die Umweltthematik nicht mehr los. Ich bin mehr oder weniger an der Gründung fast aller wichtigen Umweltschutzgruppierungen in der Bundesrepublik beteiligt gewesen und zum Teil auch in leitenden Funktionen bis zum heutigen Tage tätig. Meiner Kirche war ich nicht immer angenehm, aber sie hat mich dennoch 1971 zum Umweltbeauftragten der Landeskirche von Hessen-Nassau gemacht. Das war die erste Berufung dieser Art. Dann wurde ich 1973 Umweltbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland und bin es bis vor wenigen Monaten gewesen. Ich habe aus Altersgründen die Funktion abgegeben. Aber das Thema läßt mich nicht los und so nimmt meine Tätigkeit gerade in den neuen Bundesländern aufgrund von Bitten noch zu.

Ich selbst habe ganz spezielle Erfahrungen gesammelt in dem Konflikt um den Ausbau des Frankfurter Flughafens. Das ging soweit, daß ich bei dem Versuch zu vermitteln, zu dem meine Kirchenleitung mich ausdrücklich aufgefordert hatte, am Ende vor den Gerichtsschranken landete wegen versuchten Widerstandes gegen die Staatsgewalt und versuchter Gefangenenerbefreiung. Es war so grotesk, daß der Staatsanwalt abschließend meinen Freispruch beantragte. Ich war alt genug und bekannt genug, ich hatte keinen Bart und keine langen Haare. Ich gehörte einer Generation an, die eher davonkam. Wäre ich zwanzig oder dreißig Jahre jünger gewesen, es wäre mir wahrscheinlich übel ergangen. Ich hatte zu dieser Zeit schon eine ganze Reihe von Aufsätzen veröffentlicht, auch zu der Frage: Wie geht man mit Umweltkonflikten um? Ich habe zum Startbahnkonflikt ein Taschenbuch geschrieben „Es ist nie zu spät“. Vor zehn Jahren geschrieben, aber in bestimmten Teilen heute noch aktueller als damals.

Als ich vor dreißig Jahren zum ersten Mal behauptete, die Umweltkrise sei global und radikal, haben mich viele belächelt und nicht so ganz ernst genommen. Es war eben die Zeit, in der man im Großen und Ganzen noch davon träumte: Alles wird größer, alles wird besser, wir kommen immer weiter voran. Als 1963 der damalige amerikanische Präsident Kennedy darauf hinwies, daß die Boden verseucht und das Wasser gefährdet sei, daß wir der Zukunft Hypotheken aufladen, wurde er wie viele Wissenschaftler nicht ernst genommen. Man mußte damit leben.

Schließlich kam es dann zur ersten Umweltkonferenz 1972 in Stockholm. Leider war die DDR von dieser Konferenz ausgeschlossen, das hatte die Bundesrepublik durchgesetzt. Deshalb haben viele sozialistische Länder daran nicht teilgenommen, und die Länder der Dritten Welt haben sie als einen Versuch des Neokolonialismus gewertet. Sie meinten, wir bewahren uns unseren Besitzstand unter allen Umständen und wollten unter ökologischen Aspekten die Länder der Dritten Welt an die Kette legen. Dieser Vorwurf ist nicht ganz zutreffend, aber er ist auch nicht ganz falsch.

Zwanzig Jahre danach fand die zweite Konferenz in Rio de Janeiro statt. Diesmal glücklicherweise nicht allein unter dem Thema „Umwelt“, sondern „Umwelt und Entwicklung“. Für die Evangelische Kirche in Deutschland habe ich sowohl dem Exekutivausschuß als auch dem nationalen Komitee angehört, das diese Konferenz vorbereitete. Das Wichtigste daran war für mich die Vorbereitung, die Begegnung der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, auch das ungeheure Engagement von Gruppen der Dritten Welt sowie die erstaunlichen Konferenzen, die die Frauen veranstaltet haben. Endlich wurde eine Seite der Ökologie deutlich gemacht, die bisher viel zu wenig zur Sprache kam. Denn die Männer sind ja zum Teil in ihrem Machbarkeitswahn geblieben. Auf die Art und Weise, wie sie die Umwelt kaputtgemacht haben, meinten sie, sie auch wieder reparieren zu können.

Damals in dieser ersten Phase, wo eine ausgesprochene Fortschrittsgläubigkeit herrschte und eine sehr popularisierte Futurologie, war es ziemlich schwer, solche Dinge anzusprechen, die leider heute Realität geworden sind.

Während ich mit dem mäßig besetzten Euro-City hierher nach Erfurt fuhr und dabei beobachtete, wie sich ein Lastwagen hinter dem anderen und ein PKW nach dem anderen da oben über die Autobahn quälten, habe ich einige Zeitungsartikel gelesen. Da ging es um Trinkwassernot in Indien, um die größte Dürre seit 100 Jahren in Afrika, es ging darum, daß die Vier-Millionen-Stadt Athen kaum noch bis zum Herbst Trinkwasservorräte hat, weil es dort mehrere extrem trockene Winter gab. Ich mußte daran denken, daß wir im Rhein-Main-Gebiet wie im vergangenen Sommer Wasser bewirtschaften müssen, weil wir ständig über das Maß dessen leben, was ökologisch verträglich ist. Wenn ich dann lesen muß, daß man auch in diesem Sommer vor zu vielen Sonnenbädern warnt, daß man gerade im Rhein-Main Gebiet Kinder besonders in der Mittagszeit nicht solange in die Sonne lassen soll, weil die Sonneneinstrahlung aggressiver geworden ist, weil auch über Mitteleuropa der Ozonschild immer mehr abnimmt, dann ist das für mich die traurige Bestätigung dafür, daß das, was auch pessimistische Warner vor Jahren kaum für möglich gehalten hätten, schlimme Wirklichkeit geworden ist.

Wenn ich in der Fluglandekommission in Erfurt einen Vortrag über die zukünftige soziale Verträglichkeit des Luftverkehrs halte, werde ich dieses Thema ansprechen, das auch die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, die „Klima-Enquete“ jetzt aufgegriffen hat. Die 7.000 Düsenflugzeuge, die ständig in der Luft sind, fliegen zum Teil über der Tropopause und gefährden die Ozonschicht und damit unser Klima.

Dann werde ich einen Aspekt beleuchten, der bisher sträflich vernachlässigt worden ist: Ich habe unlängst eine interessante Kontroverse über die Publikation eines Reiseunternehmens in einer Zeitschrift der Grünen gelesen. Der Reiseunternehmer wirbt dort für Flugreisen in bestimmte Urlaubsorte und daraufhin haben sich Leser beschwert, daß ausgerechnet in dieser Zeitschrift für den Flugverkehr geworben werde. Führende Leute der Grünen haben geantwortet, das sei doch Provinzialismus. Man könne zu Hause mit dem Radfahren oder wandern, aber den Urlaub wolle man woanders verbringen. Und da sei der Luftverkehr die große Möglichkeit der Mobilität.

Selbst bei Vertretern eines prinzipiell verantwortungsbewußten Verhaltens gegenüber der Umwelt werden Fragen, die mit dem modernen Ideal einer uneingeschränkten Mobilität verbunden sind, nicht genügend diskutiert. Und daß das sehr ernste Fragen sind, wissen wir. Die Klima-Enquete-Kommission hat gerade jetzt in ihrer Zwischenbilanz gesagt, es sei an der Zeit zum Handeln. Wir müssen zu einem Umdenken in der Verkehrspolitik insgesamt kommen, auch in bezug auf den Luftverkehr.

Damit verbindet sich mein Eindruck von heute mittag: Ich fuhr mit einem relativ bequemen Zug durch eine relativ schöne Landschaft und sah, wie der Verkehr zu und nicht abnimmt. Wir wissen, daß der Kraftfahrzeugverkehr eine der wesentlichen Ursachen der Gefährdung des Klimas ist. Wir können zwar nicht sagen, die Klimawende sei schon eingetreten, aber sie ist nicht mehr auszuschließen. Und es ist schon grotesk, wenn auf der einen Seite ein Abgeordneter der größten Fraktion des Deutschen Bundestages die Klima-Enquete leitet und sagt, es müsse jetzt etwas geschehen und auf der anderen Seite ein ihm nahestehender Wissenschaftler, der auch so etwas wie Ideologe derselben Partei ist, den Standpunkt vertritt: „Nur nicht alles überreiben. Um Himmelswillen keine Umwelthysterie.“

Als wir damals angefangen haben, die Gefährdungen öffentlich zu benennen, wurden wir belächelt oder nicht ernst genommen. Nun haben sich die Verhältnisse zum Teil dramatisch verändert. Es ist schon der Unterschied zwischen der ersten und der zweiten Umweltkonferenz, der dies aufzeigt. Und alle betonen mittlerweile, wie wichtig es sei, ökologisches Bewußtsein zu entwickeln. Aber offenbar gelingt uns das nicht, was der katholische Kollege Hans Küng in seinem Buch „Projekte Weltethos“ gesagt hat: „Es kommt jetzt darauf an, zu einer grundlegenden weltweiten Übereinstimmung über die Ziele zu kommen.“ Das ist meiner Ansicht nach nicht in erster Linie eine Forderung an die Adresse der Dritten Welt, sondern an uns. Denn wir gehören zu dem einen Fünftel der Menschheit, das vier Fünftel der Rohstoffe und Energie für sich verbraucht.

Ich möchte einige Kriterien nennen, an denen das Ganze sich zu entscheiden hat. Denn die Warnungen, die in dem Buch „Global 2000“ stehen, daß die Welt in wenigen Jahren noch übervölkerter, noch verschmutzter, ökologisch weniger stabil sein wird als die, in der wir jetzt leben, treffen ja leider zu. Die Aussicht auf Nahrungs- und andere Lebensmittel wird sich nicht verbessern, wie die Beispiele von der Trinkwassersituation Indiens oder die Tatsache belegen, daß solche Weltstädte wie Kalkutta zur „Megalopolis“ werden. Das heißt, daß in einer Stadt, in der 40 Millionen Menschenleben, nicht einmal die Hälfte der Einwohnerschaft an Trinkwasser angeschlossen ist noch an die Kanalisation. Damit sind gigantische Probleme verbunden und in diesem Rahmen müssen wir unsere Verantwortung sehen. Ich sage noch einmal, es ist in erster Linie unsere Verantwortung.

Ich will mehrere Aspekte nennen, an denen man sich dies verdeutlichen kann. Der erste ist eigentlich sehr verständlich: Es muß umweltverträglich sein, was wir tun. In dem Augenblick, in dem ich es sage, ist es schon nicht mehr selbstverständlich. Denn auch heute laufen noch viele Entscheidungen in der -Diskussion „Ökonomie oder Ökologie“ zu Lasten der Ökologie. Wenn es um Wirtschaftswachstum oder um Arbeitsplätze geht, haben diese in den meisten Fällen noch Vorrang, obwohl wir wissen, daß die Ökologie die Ökonomie der Zukunft ist. Ohne ökologische Kriterien wird es in Zukunft kein Wachstum geben, wird es keine sinnvolle Entwicklung, wird es auch keine sicheren Arbeitsplätze geben.

Wir reden gerne von der sozialen Marktwirtschaft als von der weltweiten Chance. Aber man muß darüber auch einiges Kritische sagen: Gewiß, sie kann eine Chance sei, aber nur dann, wenn sie auch ökologisch orientiert ist. Das, was wir wollten: die Ellenbogengesellschaft überwinden, die Marktwirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft weiterentwickeln, hat nur eine Zukunft, wenn es eine ökologisch ausgerichtete soziale Marktwirtschaft ist. Es wird allerdings sehr schwer sein, dieses Modell weltweit zu empfehlen, wenn wir, die es propagieren, nicht danach leben. Die Frage nach der Umweltverträglichkeit ist zwar in aller Munde und in allen Regierungsprogrammen, doch in der Praxis sieht es ganz anders aus.

Ich möchte das an der Frage der Verankerung des Umweltschutzes im Grundgesetz kurz verdeutlichen. Bis heute ist es nicht möglich, wirksame Aussagen darüber in unserer Verfassung zu verabschieden, obwohl seit Jahren darüber diskutiert wird. Doch bis zum heutigen Tag gibt es keine ausreichenden Mehrheiten im Deutschen Bundestag, die bereit sind, das, was getan werden müßte, zu tun. Es ist dabei kennzeichnend, daß selbst ein so konservativer Staatsrechtler wie Professor Scholz, der die Verfassungskommission leitet, resigniert zugeben muß, die Verankerung des Umweltschutzes im Grundgesetz sei mehr oder weniger gescheitert.

Warum? Wir Ökologen sagen, es geht um den Schutz des Lebens schlechthin. Aber einige Verfassungsrechtler, denen sich vor allem die Mehrheiten in Regierungskoalitionen gern anschließen - sagen: im Duktus des Grundgesetzes könne es nur um den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen gehen. Aber genau das ist der falsche Ansatz! Denn diese anthropozentrische Engführung - der Mensch ist Maßstab aller Dinge - ist die wesentliche Ursache für die ökologische Misere. Daran sind wir als Kirche, als Theologen nicht ganz schuldlos. Zu lange und zu einseitig war das abendländische Menschenbild mehr oder weniger durch Alleinherrschaft des Menschen geprägt. Auch das Naturverständnis war den Menschen untergeordnet. Und alles, was sich dieser Auffassung nicht anpaßte, waren die sogenannten primitiven Kulturen, obwohl in diesen ursprünglichen Kulturen oft viel mehr erhalten geblieben ist an Überlebenswissen als bei uns. Doch der Auftrag „Machet Euch die Erde Untertan“ wurde als ein Freibrief zur Ausbeutung empfunden, nur so haben wir es interpretiert und auch gelebt.

Insofern hat unsere heutige Krise ihre tiefen Wurzeln und geistigen Traditionen, mit denen man nicht so ohne weiteres fertig wird. In diesem Sinne ist auch das Grundgesetz zu einseitig auf den Menschen hin ausgerichtet und müßte im Hinblick auf unsere Verpflichtung gegen über der Natur teilweise weitergeführt werden. Es kann nur um den Schutz der natürlichen Grundlagen für alles Leben gehen! An der Frage unseres Umgangs mit der nichtmenschlichen Natur wird sich in Zukunft auch unsere Menschlichkeit messen lassen müssen. Solange wir Mensch und Natur gegeneinander ausspielen und die Mittelpunktfunktion des Menschen weiter behaupten, wird es keinen Überlebensweg geben. Und so wichtig neue Gesetze und Technologien sind, wenn es uns nicht gelingt, diesen engen Rahmen des Anthropozentrischen zu überwinden, werden wir in der Sackgasse landen. Der eine Punkt für unser Denken und Handeln heißt also: Umweltverträglichkeit, Umwelt auch im Sinne von Mitwelt.

Der zweite Punkt, die soziale Verträglichkeit, soll deutlich machen: Wir können nicht länger Umwelt und soziale Welt gegeneinander ausspielen, wie es jahrzehntelang üblich gewesen ist: Arbeitsplätze gegen Umweltschutz. Wir hatten hier als Umweltschützer auch einen harten Stand in den Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften. Und ich, der den Gewerkschaften nahesteht, war manchmal bitter enttäuscht über deren Haltung – *entweder* Umweltschutz *oder* Arbeitsplätze, *entweder* Wirtschaftswachstum *oder* . Das ist eine völlig falsche Alternative.

Auf einem Kongreß der IG Metall zusammen mit dem BUND ist endlich unter diese Auffassung ein Schlußstrich gezogen worden. In dem Wort „Oikos“ ist ja beides. Oikos, Ökologie und Ökonomie hängen eng zusammen. Die *Ökologie* ist das Wissen um diesen Oikos, um das Haus, um unsere Umwelt. Die *Ökonomie* ist der Versuch, diese zu gestalten, den Rahmen für die Gestaltung zu schaffen. Dazu muß man Ökologie betreiben und muß man wissen, welche Zusammenhänge es gibt, wie ungeheuer labil dieses lebendige System ist und wie hoch vernetzt.

Und wenn es sozial verträglich sein soll, dann ist damit auch Schutz des Menschen gemeint: Schutz seiner materiellen, seiner sozialen Grundlagen, auch seines Arbeitsplatzes. Aber das ist nicht ein Wert in sich und an sich. Nur noch ökologisch orientierte Arbeitsplätze werden eine Chance haben, nur noch eine ökologisch orientierte Produktion und ein ökologisch orientierter Konsum. Die soziale Umwelt des Menschen ist in dem Maße gefährdet, in dem wir die ökologische Umwelt gefährden und das Problem der Zukunft wird sein, wie

wir die Arbeit gestalten, wie wir die Wirtschaft so gestalten, daß nicht nur unsere menschliche Lebensgrundlage erhalten bleibt, sondern die Grundlage für alles Leben.

Ich möchte zu einem dritten und für mich ganz maß geblichen Kriterium kommen und das ist die Zukunftsverträglichkeit. Alles, was wir heute tun, muß sich an der Zukunft messen lassen. Es ist gerade zehntausend Jahre her, seit sich im Lebensstil der Menschen innerhalb der sogenannten neolithischen Evolution Wesentliches gewandelt hat. Aus Jägern und Sammlern wurden in Jahr hunderten Bauern. Das war ein tiefgreifender Einschnitt. Die Jäger und Sammler lebten von Tag zu Tag, von der Hand in den Mund. Aber die bäuerliche Kultur bedeutete eine ganz andere geistige Herausforderung. Es hieß praktisch 365 Tage lang denken. Dieser geistigen Herausforderung ist die unsere zu vergleichen. Denn, wenn wir den Stoff, den wir selbst geschaffen haben, Plutonium - auf eine viertel Million Jahre sicher von der Biosphäre fernhalten sollen - und so lange müssen wir ihn fernhalten dann wird hier nicht nur eine historische, sondern eine geradezu geologische Dimension unserer Verantwortung deutlich.

Die Frage ist, wie man das umsetzen kann, wenn wir alle mehr oder weniger nur von der Hand in den Mund leben, von einer Wahlperiode zur anderen. Welcher Politiker ist bereit, solche Herausforderungen auch öffentlich auszusprechen, denn gewählt wird man ja nicht aufgrund von Herausforderungen, sondern aufgrund von Zusagen. Aber ich habe den Eindruck, manchmal sind die Wähler in ihrem Bewußtsein schon weiter als manche Politiker, die diese Dinge nicht anzusprechen waren.

Die Frage der Zukunftsverträglichkeit ist für mich auch deshalb so entscheidend, weil wir inzwischen wissen, daß es Irreversibilitäten gibt, Unumkehrbarkeiten. Beispiele dafür sind nicht nur der Artenschwund, sie sind in vielen Bereichen zu beobachten. Die Herausforderungen werden noch schärfer durch die Gentechnologie, durch die Fragen der modernen Biologie. Irreversibel heißt: ein für allemal unveränderbar verändert. Hier hat der Mensch offenbar seine Grenze erreicht und gerade die Frage der Zukunftsverträglichkeit ist wohl die große politische, gesellschaftliche und ethische Herausforderung unserer Zeit. Alles, was wir heute tun, hat weit in die Zukunft, weit über unsere Verantwortungsdimension hinaus Bedeutung und Folgen. Ich denke, das macht auch das, worüber wir uns jetzt Gedanken machen, so drängend.

Ich komme jetzt zum vierten und letzten Punkt. Das ist die internationale Verträglichkeit, das heißt die Verträglichkeit in der Einen Welt. Noch nimmt das Gefälle zwischen Nord und Süd zu. Aber welche Spannungen damit verbunden sein können, das hat der Golfkrieg deutlich gemacht, der bis zu einem gewissen Grade ein Energiekrieg gewesen ist. Schon Jahre vorher wurde eine Sondertruppe aufgebaut, die Erdölreserven zu sichern. Das ist sicher nicht die ganze Erklärung des Golfkrieges. Natürlich ist Saddam Hussein eine wesentliche Figur in diesem Konflikt. Aber hinter dieser Auseinandersetzung steht auch das Interesse der Rohstoffsicherung. Daran merken wir, wie eng das alles verknüpft ist. Wenn wir in der Bundesrepublik mehr Energie verbrauchen, als dem gesamten Kontinent Afrika zur Verfügung steht, wenn für ein Kind in Europa das 70- oder 80fache an Energie verbraucht wird gegenüber einem Kind in Asien, dann sind das die Alarmzeichen der internationalen Unverträglichkeit in der Einen Welt.

Die Konferenz in Rio de Janeiro hat deutlich gemacht: Entweder wir überleben gemeinsam oder wir überleben nicht. Energiekriege sind nicht auszuschließen. Ich habe als Vertreter der Evangelischen Kirche Deutschlands an einer internationalen Energiekonferenz teilgenommen. Vertreter aus Ländern der Dritten Welt, die rohstoffreich, aber industriearm sind, haben uns dort gesagt, für sie sei ein Grund, Atombomben zu bauen, der, daß sie sich wehren müßten gegenüber den rohstoffarmen Ländern dieser Erde. Sie wollen einfach einen Gegendruck erzeugen. Hier schließt sich gewissermaßen der Kreis und die Größe der Herausforderung wird sichtbar.

Auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in München wurde jetzt ein Wort der Ökumene zitiert, das für mich maßgeblich ist und das mich trotz der vielen negativen Analysen und Rückschläge, die man erlebt hat, ermutigt: Wenn viele kleine Leute an vielen kleinen Orten viele kleine Schritte tun, kommt eine große Änderung in Gang. Ich glaube, das ist das Entscheidende und das trifft in erster Linie nicht auf die Menschen in der Dritten Welt zu, damit sind in erster Linie wir gemeint.

Ich denke gern an Erfahrungen in der ehemaligen DDR zurück, und ich meine damit Erlebnisse, die ich in einem allerdings begrenzten Kreis machen konnte: Es waren Kirchentage, zum Beispiel im Erfurter Augustinerkloster. Da haben wir uns ganz konkrete und gezielte Gedanken gemacht: Was bedeutet etwa der Fleischkonsum, der in der DDR damals weltweit einer der höchsten war? Ist das nicht auch eine Herausforderung, wenn man beispielsweise wertvolles Getreide an Tiere verfüttert, wo es in der Dritten Welt an Lebensmitteln fehlt, wenn man Dinge importiert für Unmengen von Geld, bloß um "künstlich einen bestimmten Lebensstandard aufrechtzuerhalten?

Als ich damals gehört habe, wie Menschen in der DDR darüber nachdachten, ob es notwendig sei, daß jeder seinen Kühlschrank, jeder seine Waschmaschine, jeder sein Auto haben muß, war das ein ungeheurer Impuls, über meinen eigenen Lebensstil intensiv nachzudenken. Und ich knüpfte gerne daran an und denke, daß es sehr wichtig ist, daß die Menschen in Thüringen wieder Lebensmittel essen, die hier erzeugt wurden, im

eigenen Lande wachsen. Ich sehe eine ganze Reihe von Impulsen. Ich halte es für sehr ermutigend, daß hier der BUND und andere Umweltverbände tätig sind. Jeder Schritt, den wir tun, ist global gesehen, unglaublich wichtig. Und so radikal die Herausforderung ist, so radikal ist auch die Notwendigkeit von Veränderungen in der Gesellschaft.

Zum Schluß noch einmal zum Beispiel vom Anfang: Wenn wir einmal das Autofahren ökologisch bewerten, das heißt, die externen Kosten internalisieren würden, dann würden wir uns sehr wohl überlegen, wie oft wir noch Auto fahren, besonders dann, wenn wir alleine darin sitzen. Und wenn wir diese Ökobilanzen neben den Gewinn an Zeit halten, neben die Lust, in dieser Zeit zu lesen, nachzudenken, zu gucken, sich zu unterhalten: wenn wir das ins Verhältnis setzen, würden wir recht schnell von ökonomischen Irrwegen Abschied nehmen.

Ich glaube nicht, daß wir mit dem moralisch erhobenen Zeigefinger vorankommen. Worauf es ankommt ist, daß wir anfangen, uns gegenseitig zu ermutigen. Ob diese Überlebensschritte letztlich zum Erfolg führen, weiß ich nicht. Aber die Hände in den Schoß legen, ist keine Alternative. Und lieber wenig tun, was einen Sinn in sich hat, als lamentieren über die schlimme Welt.

Im Einladungsschreiben zu diesem Podium ist uns der Auftrag gestellt worden, Visionen für die geschändete Balkanregion zu diskutieren. Eine nicht ganz leichte, wenn nicht unmögliche Aufgabe. Was sich seit zwei Jahren in Jugoslawien abspielt, können wir kaum nachvollziehen, geschweige denn verstehen. Wohl keinem Problem, das sich aus dem Ende der europäischen Nachkriegsordnung ergibt, steht die Politik so rat-und hilflos gegenüber.

Die politischen Leitbilder der Jahre 1945 bis 1989/90 haben keine Gültigkeit mehr. Die bipolare Welt mit der sowjetischen und der amerikanischen Führungsmacht ist zerbrochen. Konflikte, die mit der Mauer praktisch ein betoniert worden waren, brechen auf. In Mittel-, Südost und Osteuropa ist aber nicht nur die Ordnung von Jalta Geschichte. Zum großen Teil sind auch die Ergebnisse des ersten Weltkrieges revidiert worden.

Dieser säkulare Umbruch ist auch am Westen nicht spurlos vorübergegangen: „Wie ein Magnetkern, dem seine Pole genommen wurden, brach in der gesamten westlichen Welt nach dem Ende der Sowjetunion das geistige Chaos aus. Hat vorher die gemeinsame Gefährdung die Rangordnung der einzelnen Probleme mehr oder weniger klar festgelegt, so müssen jetzt sämtliche Prioritäten neu geordnet werden“ schrieb der bayerische Europaabgeordnete Ingo Friedrich (MdEP CSÜ).

In die EG haben viele Völker nach 1989 große Hoffnungen gesetzt. Die Gemeinschaft war auf diese Herausforderungen nicht vorbereitet. Plötzlich hatte Brüssel und hatten die westeuropäischen Staaten mit Konflikten zutun, die sie nicht mehr für möglich gehalten oder verdrängt hatten: Militanter Nationalismus wurde lange allenfalls als historisches Phänomen wahrgenommen. Nationalitätenfragen waren ein Thema für Expertenzirkel ohne großen Einfluß auf den politischen Gang der Dinge.

Das muß sich ändern, denn in den Staaten des Donauraumes wimmelt es von akuten oder potentiellen Nationalitätenkonflikten:

- Russen und Rumänen in Moldawien
- Ungarn und Siebenbürger Sachsen in Rumänien
- Türken in Bulgarien
- Ungarn in der Slowakei
- Ungarn und Serben in der Woiwodina
- Serben in Kroatien

und so weiter.

Fassungslos und entsetzt stehen wir vor dem, was wir täglich aus Bosnien-Herzegowina erfahren. Die Fronten und Bündnisse wechseln, aber das monströseste liegt klar zutage: Serbien führt einen Vernichtungskrieg gegen die Muslime. Mitten in Europa findet ein Genozid statt. Elementare Regeln des Völkerrechts, ja sogar des Kriegsrechts - letzte Zuflucht der gequälten Menschen - werden mit Füßen getreten. Und der angeblich fortschrittlichere Teil Europas schaut zu.

Die „westliche Wertegemeinschaft“ war unfähig, sich für eine klare Politik zu entscheiden. Sie hat mit Blick auf den Balkan nie ein klares Ziel definiert. Sie war daher auch nicht in der Lage zu handeln. Ich frage: Haben wir unsere Werte damit nicht bereits verraten? Haben wir die Fundamente des westlichen Bündnissystems nicht schon nachhaltig erschüttert? Hat Vera Wollenberger recht mit ihrer Behauptung: „In Bosnien steht die Zukunft Europas auf dem Spiel“?

Die Bilanz der europäischen Bosnienpolitik kommt einem politischen Super-GAU gleich, wie die „Süddeutsche Zeitung“ einen Leitartikel überschrieb. Der Vance-Owen-Plan ist begraben worden. Der traurige Endpunkt sind Reservate für die Moslems. Wer sie schützen soll, ist dabei noch nicht einmal klar. Die großserbische Politik ist erfolgreich geblieben. Keiner der zahlreichen Unterkonflikte ist bereinigt. Die EG und die UNO haben sich als Papiertiger entpuppt und einen großen Teil ihrer Autorität verspielt. Vermutlich wird sich nationaler Größenwahn andernorts ermuntert fühlen, die Welt ebenfalls an der Nase herumzuführen. Auf dem Balkan und anderswo.

Mit Klagen alleine und schönen Bekenntnissen ist freilich nichts gewonnen. Man kann viele gute Gründe für das Versagen Westeuropas und der USA anführen. Immer wieder wird bezweifelt, daß die Konflikte überhaupt lösbar sind. Die Geschichte des jugoslawischen Raumes ist durch eine Kette nicht abreißender Nationalitätenkonflikte gekennzeichnet. Jedes der Völker hat sich im Laufe der Jahrhunderte an den anderen vergangen. An der Bruchzone zwischen dem eher westlich-habsburgisch beeinflussten „Mitteleuropa“ und dem durch Orthodoxie und Türkenherrschaft geprägten Südosteuropa laden sich die Konflikte auf: Religiös, sozial und national.

Es ist also durchaus verständlich, wenn viele westliche Politiker eine Intervention ohne Ende und Aussicht auf Erfolg befürchten. Das sprichwörtliche „Pulverfaß Balkan“ gehört zum festen Erinnerungsbestand unserer Diplomatie. Die Urkatastrophe unseres Jahrhunderts – der Ausbruch des Ersten Weltkrieges – ist mit dem Namen Sarajevo verbunden. Es gibt aber auch verständliche Gründe, die im Westen selbst liegen. Serbien hat in zwei Weltkriegen an der Seite der alliierten Siegermächte gestanden. Kroatien zählte mit der Donaumonarchie zu den Verlierern. Der kroatische Ustascha-Staat hatte Anteil an der faschistischen Verirrung und den dazugehörigen Verbrechen. Jugoslawien war ein Ergebnis des Ersten Weltkrieges gegen die Mittelmächte. Seit den späten vierziger Jahren wurde das Land als blockfreier Staat protegiert.

Diese Andeutungen müssen genügen. In Deutschland spielte nationale Machtpolitik keine Rolle mehr. Aber mußte vor diesem Hintergrund die deutsche Anerkennung für Slowenien und Kroatien nicht falsch aufgefaßt werden? War es ein Wunder, daß England und Frankreich zunächst an Jugoslawien festhielten und den Serben damit den Rücken stärkten? Es geht nicht um Schuldzuweisungen. Die Hypotheken müssen aber klar sein.

Über alle diese Fragen muß gesprochen werden, weil in der Tat „die Prioritäten neu geordnet werden müssen“ und weil die nächste Krise Europa nicht kalt erwischen darf. Denn dann können wir das Fragezeichen hinter Vera Wollenbergers Aussage getrost streichen. Diese Diskussion ist aber nur dann legitim, wenn sie uns nicht zu einer puren Entschuldigung gerät. Wir müssen den Willen aufbringen, Konsequenzen aus unseren Erfahrungen zu ziehen.

Doch welche Konsequenzen? Das Wort Vision möchte ich in diesem Zusammenhang vermeiden. Es ist nicht damit getan, seine Träume herauszusaugen. Gerade auf einem Kirchentag muß es gesagt werden: Das vollkommene Heil ist uns nicht für diese Erde verheißen. Politik vermag nicht alles. Christliche Politik läßt sich für Frieden, Freiheit und Menschenrechte in die Pflicht nehmen.

Wir dürfen nicht resignieren und wir werden nicht resignieren, aber wir müssen die Gefahr des Scheiterns dabei einkalkulieren: Was das heißt, hat Michael Stürmer zutreffend beschrieben: „Man wird sich hierzulande daran gewöhnen müssen, daß es Probleme gibt, auf die keine Lösung wartet; daß es Entschuldigungen gibt, die nicht ohne tragischen Rest aufgehen; daß es Kriege gibt, denen man sich durch Wegschauen entziehen kann.“ APuZg 15-16/93)

Was vermag die Politik also anzubieten? Was ist, wenn Sie es denn so wollen, meine Vision? Ich möchte Ihnen die Antwort als eine Politikerin geben, die hauptamtlich mit europäischen Fragen beschäftigt ist. Die EG muß ihre Rolle als Stabilitätsanker ernst nehmen. Sie kann vor den Konflikten nicht davonlaufen. Wenn sie keine gemeinsamen Interessen definiert, werden sich die nationalen Interessen ihrer Mitgliedsstaaten am Ende stärker erweisen. Wir dürfen nicht vergessen: Noch gefährlicher als die Selbstblockade im Jugoslawienkonflikt wäre es ja gewesen, wenn die alten Bündnisse erneuert worden wären!

Die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ muß also weiterentwickelt werden. Das gilt vor allem für die Ostpolitik. Wir müssen auch darüber nachdenken, ob die EG nicht für bestimmte Elemente der Außen- und Sicherheitspolitik eine originäre Zuständigkeit erhalten muß. Denn: Politik setzt klar und eindeutig definierte Ziele voraus. Nur dann lassen sich auch die geeigneten Mittel finden.

Zu den außenpolitischen Mitteln zählen unter anderem diplomatische und wirtschaftliche, aber auch militärische Elemente. Davor dürfen wir die Augen in diesem Zusammenhang nicht verschließen. Wollen wir das nicht mittragen, können wir uns die gemeinsame Außen und Sicherheitspolitik schenken. Verantwortung zu übernehmen heißt eingreifen, und eingreifen heißt durchgreifen.

Was bedeutet das für den vorliegenden serbischen Fall? Wenn wir den Konflikt wenigstens eindämmen wollen, müssen wir klare inhaltliche und geographische Grenzen definieren. Wer diese Limits überschreitet, muß sehr genau wissen, was ihm blüht. Das heißt, die angedrohte Sanktion muß dann aber auch durchgesetzt werden.

Diese Politik kann allerdings nur sinnvoll sein, wenn es Leitbilder **für** die europäische Zukunft gibt. Europa braucht eine Struktur, die in der Lage ist, regionale, nationale und allen Europäern gemeinsame Interessen wirkungsvoll auszugleichen. Das ist leichter gesagt als getan. Aber wir würden unserem Auftrag nicht gerecht, wenn wir es nicht wenigstens versuchen wollten.

Die EG ist eine Gemeinschaft, die auf Recht und Gesetz beruht. Im Westen ist es gelungen, mit diesen Mitteln Konflikte zu kanalisieren. Letztlich geht es darum, die entfesselten Gewalten wieder unter Recht zu zwingen. Aussicht auf Erfolg hat dieses Vorhaben aber nur dann, wenn dieses Recht elementare Bedürfnisse der Menschen und Völker aufnimmt. Dazu ist vor allem ein europäisches Volksgruppenrecht erforderlich. Minderheiten brauchen klare Rechte, und sie müssen die Möglichkeit haben, diese Zusicherungen vor einem europäischen Gericht einklagen zu können. Ich sehe darin die einzige Möglichkeit, die verhängnisvolle Spirale aus Zentralismus bei den Wohnstaaten und Separatismus bei den Volksgruppen zu durchbrechen.

Es ist keineswegs so, daß Europa bei Null anfangen müßte. So neu ist das Problem gar nicht. Donauaufwärts hat auch die alte Habsburger Doppelmonarchie gelegen. Sie ist untergegangen, weil die Völker sie als Kerker empfanden. Die Enkel und Urenkel denken inzwischen anders darüber. „Kakanien“ zieht fast schon wieder nostalgische Gefühle auf sich. Beides war und ist übertrieben. Aber das alte Österreich-Ungarn hat als Vielvölkerstaat viele Erfahrungen mit einem multinationalen Staat sammeln können.

Diese Erfahrungen fließen jetzt in Versuche des Europarates, der KSZE und des Europäischen Parlamentes ein, ein europäisches Volksgruppenrecht zu kodifizieren. Das ist für mich ein Zeichen der Hoffnung. Die EG muß eines klar herausstellen: Wer Mitglied der Gemeinschaft werden will, muß diese Mindeststandards anerkennen. Er unterwirft sich Europa als einer Gemeinschaft, die willens ist, jeden einzelnen und jede Volksgruppe in ihren Rechten zu schützen.

Dieser Weg hat allerdings eine klare Konsequenz: Die EG darf zwischen Mittel- und Südosteuropa keinen neuen Zaun errichten. Es gebe durchaus Gründe dafür, den Weg in die EG nur den uns in vielem näher stehenden Völkern Mitteleuropas zu öffnen. Brüssel hat bisher davon abgesehen und auch mit Rumänien und Bulgarien Assoziationsabkommen geschaffen. Alles in allem halte ich das für richtig.

Schon für Mitteleuropa ist der Weg in die EG nicht terminiert. Für Südosteuropa wird es noch weit schwieriger sein, einen zeitlichen Rahmen zu nennen. Wir dürfen uns nicht selbst überfordern und die Gemeinschaft überdehnen. Wer eine verlässliche europäische Rechtsordnung will, kann aber von einer Perspektive für Südosteuropa nicht absehen. Langfristig können wir auch keinen Bogen um Serbien machen.

Die Kraft, Konflikte zu beenden und die Herrschaft des Rechts zu errichten, reicht allerdings auf Dauer nicht aus. Es geht auch darum, die Völker zur Umkehr zu bewegen. Zum Teil gibt es auf dem Balkan noch ein fast vormodernes Geschichtsbewußtsein. Gerade Serbien ist Gefangener seiner nationalen, religiös aufgeladenen Mythen. Hier hat auch die Kirche einen Auftrag, zum Beispiel im ökumenischen Gespräch mit der serbisch orthodoxen Kirche. Aus dem, was der tschechische Botschafter Jiri Grusa als „Ethnokratien“ bezeichnet hat, müssen „Demokratien“ werden. Es geht nicht darum, irgend jemanden umzuerziehen oder einen vaterlandslosen neuen Menschen zu konstruieren. Das wird scheitern. Nein, es muß vor allem darum gehen, das Nationalbewußtsein dieser Völker zu rationalisieren.

Letztlich sind diese drei Punkte schon eine Vision, fast schon eine Utopie. Es spricht mehr dagegen als dafür, daß dieser Weg gangbar ist. Aber ohne Hoffnung können und brauchen wir nicht leben. Goethe hat an die Völker eine Forderung gestellt, die eigentlich alles enthält, was wir uns für den Tag wünschen können. Ich möchte sie zum Abschluß zitieren: „Sie sollen sich begreifen, und wenn sie sich wechselseitig nicht lieben mögen, sich einander wenigstens dulden lernen“

Erschienen in:

VIA REGIA – Blätter für internationale kulturelle Kommunikation Heft 7/ 1993,
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>